



**ERKLÄRUNG DER DIDF ZUR AKTUELLEN "INTEGRATIONSDISKUSSION"**

## **FÜR EINE GEMEINSAME ZUKUNFT**

Nach dem brutalen Mord an dem niederländischen Filmemacher Van Gogh hat sich die Diskussion über die "Islamischen Einwanderer" in eine hysterische Hetzkampagne gesteigert. Wie viele andere, die mit gesundem Menschenverstand ausgestattet sind und versuchen, in Worten und Taten für ein "gemeinsames Miteinander" von Deutschen und Zugewanderten einzutreten, fragen wir uns was mit dieser Kampagne erreicht werden soll.

Jenseits aller Vernunft werden in den Medien absurde Feindbilder gemalt und die Ängste der Menschen geschürt. Ganze Stadtteile werden als "existierende Parallelgesellschaften" und als "Horte der Gewalt" diffamiert. In den Abendprogrammen der Fernsehanstalten und in den Tageszeitungen wird über den so genannten "Kampf der Kulturen" und das "Scheitern der Multikulturellen Gesellschaft" berichtet und die Frage aufgeworfen, ob die niederländischen Vorgänge auch in Deutschland möglich oder sogar zu befürchten seien.

Plötzlich warnen viele Politiker vor diesem "Kampf der Kulturen" und fordern härtere Maßnahmen gegenüber "Islamisten". Dabei wird pauschaliert und in keiner Weise differenziert vorgegangen. Was oder wer sind die "Islamisten"?

Ist das der Nachbar, der Kollege am Band bei Opel?

Oder ist das der Gemüsehändler oder vielleicht der Arbeitslose, den man beim Arbeitsamt oder in der Arbeitsagentur getroffen hat? Die pauschalen Vorwürfe gegenüber den "Islamisten" verdächtigen jeden, der "anders aussieht" – jeder Moslem könnte plötzlich ein "gewaltbereiter Islamist sein".

Es stellt sich wirklich die Frage, wieso man jetzt - nach einem Mord, der durch einen einzelnen Extremisten verübt wurde, - alle MigrantInnen aus islamischen Ländern unter Verdacht stellt und insgesamt als eine gewaltbereite Gruppe darstellt. Entspricht diese Art der Diskussion, noch dazu in einer derart angespannten Situation, mit Unterstellungen und Pauschalierungen zu arbeiten, dem Demokratieverständnis des Westens oder den ethischen Werten dieser Gesellschaft?

Kann so eine Haltung zu einer Überwindung der Vorurteile zwischen den Einheimischen und der MigrantInnen führen? Können so Lösungen entwickelt werden, die ein friedliches Zusammenleben erleichtern? Welches Ziel wird tatsächlich mit einer derart kriminalisierenden und stigmatisierenden Diskussion verfolgt? Sollen vielleicht am Ende die entwickelten Horror-Szenarien der "zur Integration nicht bereiten" aber "zur Gewalt neigenden" MigrantInnen benutzt werden, um bestehende Gesetze und "Sicherheitsvorkehrungen" zu verschärfen? Diese Fragen drängen sich auf und sollten offen angesprochen werden.

Die Kolumnisten in den Tageszeitungen, Politiker und andere Personen des öffentlichen Lebens fordern dazu auf, die vielen Probleme, die im Zusammenhang mit der Integration stehen, offen und ohne Scheu darzulegen und nicht weiter die Augen vor realen Problemen zu schließen. Dem kann man nur zustimmen. Man sollte sich aber davor hüten, Tatsachen auf den Kopf zu stellen, Ursache und Wirkung zu verwechseln, und plötzlich eingebildete Probleme als eine real existierende Problematik anzunehmen. Eine offene Diskussion heißt nämlich nicht "den Teufel an die Wand malen"; heißt nicht, mit der Angst zu arbeiten und heißt auch nicht die Konflikte der Gesellschaft aufzublase. Das würde letztendlich nur Wasser auf die Mühlen der Rechten sein und bedeuten, dass man deren Parolen übernimmt.

Eine Frage, die wir in diesem Zusammenhang nicht ausklammern möchten, ist wenn über die Integrationsproblematik der MigrantInnen (Türken, Kurden usw.) aus der Türkei diskutiert wird. Als einer der Hauptgründe für die Schwierigkeiten bei der Integration dieser Gruppe wird immer wieder die Religion genannt. Doch gerade in dieser Bevölkerungsgruppe ist ganz unüberschaubar, dass ein nicht geringer Teil der MigrantInnen keinerlei Verbindung zum Islam hat. *Der überwiegende Teil der MigrantInnen aus der Türkei identifiziert sich nicht mit dem Islam, auch wenn sie sich zum Islam bekennen.* Welche Ziele verfolgt man, wenn trotzdem die Diskussion so pauschalisiert

geführt wird, als seien alle Probleme der MigrantInnen aus der Türkei nur im Zusammenhang mit dem Islam zu sehen?

Es ist nicht von der Hand zu weisen, dass es in Bezug auf die Integration viele Probleme gibt, die schon seit langem bekannt sind und die derzeit zur Panikmache missbraucht werden. Eine Gesellschaft, in der es ein wirkliches Miteinander und keine Nebeneinander von Einheimischen und Zugewanderten gibt, braucht als Grundlage eine gemeinsame Sprache. Insofern ist die Tatsache, dass weite Teile der MigrantInnen die deutsche Sprache nur ungenügend beherrschen, eines der größten Hindernisse für eine erfolgreiche Integration. Somit kann der Integrationsprozess von vielen MigrantInnen selbst aus Mangel an Sprachkompetenz, nicht positiv beeinflusst werden. Aber es gibt auch andere Faktoren, die die Integration behindern, z.B. die Konzentration der MigrantInnen auf bestimmte Stadtteile, so dass die Tendenz sich von der Mehrheitsgesellschaft abzugrenzen, verstärkt wird. Auch ein hoher Anteil von Kindern mit Migrationshintergrund in bestimmten Klassen und Schulen wirkt sich ganz eindeutig negativ auf ein organisches Zusammenwachsen von In- und Ausländern aus.

Unstrittig ist auch, dass MigrantInnen die Kultur, die positiven und fortschrittlichen Werte einer Gesellschaft kennen lernen und als ihre eigenen akzeptieren und verstehen müssen, um sich wirklich integrieren zu können. Und sie müssen die Chance haben, am kulturellen und gesellschaftlichen Leben dieses Landes aktiv teilhaben zu können – egal ob Frau oder Mann, ob Jung oder Alt.

Unserer Meinung nach ist es nicht hinnehmbar, dass unter dem Mäntelchen von Tradition, Gebräuchen, Sitten, und rückwärtsgewandte Beziehungen gestärkt werden. und der religiöse Glaube, der ja etwas Privates sein sollte, von bestimmten Organisation in der Gesellschaft benutzt wird, um das gesellschaftliche Leben zu organisieren. Wir wollen nicht, dass in Koran-Kursen mit oder ohne staatliche Unterstützung mittelalterliche und mystische Auffassungen in die Köpfe von Kindern gezwängt werden. Die Religion darf nicht politisch missbraucht werden – auch nicht im Namen der Demokratie!

Unsere Föderation, die das Motto “Nicht nebeneinander – miteinander leben” als Grundparole angenommen hat, hat von Anfang an eine Politik bekämpft, die mit ihrer Propaganda MigrantInnen aus der Türkei dazu auffordert, ihre Identität, ihre Religion und ihre Sprache zu bewahren. Denn diese Politik führt dazu, dass die MigrantInnen unter sich bleiben und ohne Bezug zur deutschen Gesellschaft leben. Auch in der Zukunft werden wir diese Politik bekämpfen, die die Unterschiede hervorhebt, Vorurteile bekräftigt und die religiös, nationalistisch -fanatische Tendenzen unterstützt und unter anderem der türkisch-nationalistischen Lobby-Arbeit dient.

Hierzu ließen sich viele Beispiele anführen. Jedoch handelt es sich hierbei nur um die Folgen, nicht aber um die eigentlichen Ursachen. Zwei Punkte wollen wir in diesem Zusammenhang hervorheben:

Erstens, auch wenn die Schwarzseher dieser Gesellschaft das Gegenteil behaupten: Die Integration ist nicht gescheitert! Es gibt zwar graue Schatten, aber die Zukunft ist keinesfalls schwarz. Trotz der Schwierigkeiten, die wir in den letzten 40 Jahren hatten, gibt es vieles, was wir – In- und Ausländer – gemeinsam teilen und meistern. Das heißt aber auch, dass wir auf die Erfahrungen der vergangenen 40 Jahre immer zurückgreifen können. Auch wenn vieles schmerzhaft war in diesem Prozess der Integration, so sind doch wichtige Schritte in die deutsche Gesellschaft und ein gemeinsames Leben getan worden. Abgesehen davon gibt es inzwischen eine neue Generation, die hier mit der Kultur und den Werten dieser Gesellschaft aufgewachsen sind. Und es gibt jetzt viele MigrantInnen, die die gesellschaftliche Entwicklung dieses Landes aufmerksam verfolgen und aktiv daran teilnehmen. Diese Haltung ist eine der Grundvoraussetzungen dafür, sich als Teil der Gesellschaft zu empfinden und den Integrationsprozess voranzubringen. Wir möchten betonen, dass die Integration und das Zusammenleben in vielen Bereichen funktionieren.

Zweitens wenn man die Probleme des Zusammenlebens betrachtet und analysiert sollte man vor allem auch die 40jährige “Ausländerpolitik” in Deutschland genauer unter die Lupe nehmen. Oder hat die etwa keine Rolle in diesem Prozess gespielt?

Vom bayerischen Innenminister Beckstein bis hin zum brandenburgischen Innenminister Schönbohm behaupten viele Politiker und Journalisten, (die ihre Aufgabe in der Panikmache sehen) dass die Ausländer die deutsche Sprache nicht lernen wollen und sich nicht integrieren wollen, dass sie vielmehr selbst die Ghettos wählen, um dort ihre “Parallelgesellschaften” aufzubauen. Plötzlich werden die Opfer der 40jährigen Ausländerpolitik zu “Tätern” erklärt und es wird so getan, als hätte die Politik und sozio-ökonomischen Verhältnisse dieses Landes, keinen Anteil an dieser Situation. Diejenigen, die noch bis vor kurzem mit Nachdruck behauptet haben, Deutschland sei kein Einwanderungsland, haben Arbeiter und deren Familien, die seit 40 Jahren in diesem Land leben und arbeiten, in den “Gastarbeiter-Status” eingezwängt und so daran gehindert, ein Teil dieser Gesellschaft zu werden. Und jetzt machen sie diese “Gäste” auch noch für ihre Lage verantwortlich.

Wie viele Sozialwissenschaftler - die objektiv versuchen, die Lage zu analysieren - darlegen, ist es keineswegs so, dass es die Entscheidung der MigrantInnen war, in Ghettos zu leben oder ihre Kinder in Schulen zu schicken, wo 80 %

der Schüler MigrantInnenkinder sind. Das alles waren keine freiwilligen Entscheidungen und Wünsche der MigrantInnen, sondern Entscheidungen die aufgrund der bestehenden Verhältnisse und Möglichkeiten zwangsweise getroffen werden mussten.

Nach fast 50 Jahren der Immigration wird, zum ersten Mal in der Deutschen Geschichte, am 01.01. 2005 ein Zuwanderungsgesetz eingeführt. Die ImmigrantInnen haben damit zum ersten Mal des Recht und die Pflicht, an Deutsch- bzw. Integrationskursen teilzunehmen. So steht es jedenfalls im Gesetz, aber schon jetzt beklagen sich die Kommunen, dass ihnen die finanziellen Möglichkeiten für solche Kurse fehlen! Statt den Kommunen unter die Arme zu greifen und die nötigen Mittel zur Verfügung zu stellen, um diese Kurse durchzuführen, werden die bewilligten Mittel mit Hinweis auf die angeblich leeren Kassen gekürzt. Stattdessen werden die ImmigrantInnen über die Medien lauthals aufgefordert "Lernt endlich Deutsch". Damit wird der Öffentlichkeit das Bild vermittelt, dass die MigrantInnen selbst gar kein Interesse an diesen Kursen haben.

Durch diese Darstellung in der Öffentlichkeit werden nicht nur die Probleme der Integration verschleiert, sie lenkt auch ab von den innenpolitischen Schwierigkeiten. Diese Herangehensweise wird der Integration – die ja angeblich jeder befürwortet – nicht nutzen, sondern dazu führen, dass der Prozess des Zusammenwachsens stagniert, sich zurückentwickelt und zu einer noch stärkeren Isolation der MigrantInnen führt. Und diese Haltung wird letztendlich die islamistischen Fundamentalisten stärken, die man angeblich bekämpfen will.

Die Unterschiede, die begründet sind in der unterschiedlichen Kultur und gesellschaftlichen Herkunft, sind nicht von heute auf morgen aus der Welt zu schaffen, die Integration muss vielmehr als Prozess gesehen und gelebt werden. Genau an diesem Punkt ist es wichtig, den Dialog und das gegenseitige Verständnis in den Vordergrund zu stellen statt das Trennende und die Andersartigkeit zu betonen. Wir sollten vielmehr die verbindenden Besonderheiten und Werte hervorheben und deutlich machen, dass diese eine entscheidende Rolle im Zusammenleben spielen.

In diesen Tagen der angespannten Nervosität, in denen oberflächliche Analysen, falsche Annahmen und schnelle Rezepte die Diskussion beherrschen, wenden wir uns an alle, denen das freundschaftliche Verhältnis und Zusammenwachsen von Deutschen und MigrantInnen am Herzen liegt. Wir rufen Intellektuelle, Gewerkschaften, Medien, Parteien und Kirchen auf, sich stärker in ihren Organisation und Initiativen, am Arbeitsplatz und in ihrem privaten Lebensumfeld dafür einzusetzen, dass der Integrationsprozess weiter voranschreitet. Es reicht nicht, gegen die oben beschriebene Hetzkampagne aufzutreten, es geht vor allem darum, die Erfahrungen der Vergangenheit zu analysieren und zu nutzen, um die Bevölkerung richtig über die Fakten zu informieren und konstruktive Vorschläge dafür zu machen, wie der Prozess des Zusammenlebens gefördert werden kann. Es gibt vieles, was wir machen können.

Insbesondere am Arbeitsplatz, in den Stadtteilen, in den Schulen – kurzum, in allen gemeinsamen Lebensbereichen – sollten Treffen organisiert werden, in denen Deutsche und MigrantInnen gemeinsam über ihre Probleme sprechen und Lösungsvorschläge entwickeln können, es sollten gemeinsame Veranstaltungen organisiert werden, in den das Aufeinanderzugehen und der Dialog erleichtert wird. Solche Aktivitäten sind wichtig und notwendig. Es ist an der Zeit, für eine gemeinsame Zukunft gemeinsam zu streiten!

**Bundesvorstand  
Der DIDF**

